

INTERVIEW MIT PETER BOFINGER, SACHVERSTÄNDIGENRAT

„Ich warne vor einer Dramatisierung der Lage“

Die sich auftürmenden Staatsschuldenberge sind durch eine solide Politik wieder zurückzuführen – Alarmismus ist fehl am Platz, betont der Wirtschaftsweiser

Börsen-Zeitung, 17.4.2010

■ Die Staatsschuldenberge erreichen Rekordhöhen und wachsen weiter. Die Finanzmärkte warnen vor Staatsbankrott und reagieren mit steigenden Zinsen. Ist die derzeitige Alarmrhetorik eigentlich gerechtfertigt?

Es gibt zunächst keine Notwendigkeit, Staatsschulden – in Euro oder in Dollar – dem Betrag nach abzubauen, wie es das Bild der Schuldenberge suggeriert. Entscheidend ist die Schuldenstandsquote, d. h. der Schuldenstand im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt . . .

■ . . . aber auch diese ist in den vergangenen Monaten doch dramatisch gestiegen, nähert sich in vielen Industrieländern der 100-Prozent-Marke an und geht bei einigen bald deutlich darüber hinaus. Gleichwohl muss man nicht den Schuldenbetrag verringern, um die Quote zu senken, sondern es genügt, den Nenner – die Wirtschaftsleistung – zu erhöhen. Hierzu ist es allerdings notwendig, dass der Schuldenstand nicht weiter steigt, und es kommt darauf an, in den nächsten Jahren die Neuverschuldung, d. h. die Haushaltsdefizite weitgehend zurückzuführen. Diese Aufgabe ist nicht leicht, aber sie ist zu meistern. Ich warne deshalb vor einer Dramatisierung der Lage.

■ Die Trendwende hin zu sinkenden Haushaltsdefiziten haben wir aber noch nicht erreicht.

In der Tat hat die Konsolidierungsphase in den meisten Ländern noch nicht begonnen. Doch auch hier ist Differenzierung angeraten. Wir müssen uns schon anschauen, welche Staaten von den hohen Defiziten besonders betroffen sind: Das sind vor allem die USA, Griechenland, Irland und Spanien. Sie waren auch die Profiteure des vergangenen Booms. Interessanterweise sind diese Länder auch jene, die besonders niedrige Staatseinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweisen. Das müssen sie ändern und mittelfristig versuchen, durch Steuer- und Abgabenerhöhungen

eine vernünftige Einnahmenquote zu erreichen.

■ Um welche Größenordnungen geht es dabei?

Vor der Krise erreichten die Staatseinnahmen in Deutschland ein Niveau von 44 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – das ist o.k. In den USA und Japan waren es aber nur 34%; und wenn wir auf den Problemkandidaten Griechenland blicken, so sind es dort ebenfalls nur 40%. Dagegen haben Länder wie Österreich, Frankreich und die skandinavischen Länder eine Einnahmenquote von knapp unter bzw. sogar über 50%.

■ Um die Defizite in den Griff zu kriegen plädieren Sie also klar für Steuererhöhungen?

Bei Ländern mit extrem hohen Defiziten und extrem niedrigen Einnahmenquoten liegt die Sache doch auf der Hand.

■ Gilt das auch für Griechenland?

Ohne Zweifel. Die Griechen lagen mit ihren Ausgaben relativ zur Wirtschaftsleistung etwa im Durchschnitt des Euroraums – bei den Einnahmen bewegten sie sich aber um 5 Punkte darunter. Auf dem Niveau der deutschen Staatseinnahmenquote hätten sie keine Finanzierungsprobleme gehabt. Das sollte man sich angesichts der Klagen aus dem Land wegen der jetzt verschärften Konsolidierungspolitik einmal vor Augen führen.

■ Ich kann mir nicht vorstellen, dass gerade die angelsächsischen Länder USA, Großbritannien und Irland, die bisher einen schwachen Staat als Wirtschaftsmodell gepredigt haben, nun plötzlich für einen starken Staat und Steuererhöhungen plädieren.

Na ja, jene Länder müssen sich einfach vor Augen führen, dass ein gutes staatliches Angebot halt etwas kostet. Man kann den Service eines Vier-Sterne-Hotels eben nicht zum Preis eines Zwei-Sterne-Hotels bekommen. Ein moderner Staat mit hohen Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur, Sicherheit kostet eben. In den vergangenen Jah-

ren wurde das Wachstum in vielen Ländern auf Pump finanziert und die Illusion aufgebaut, dass dieses nachhaltig sei. Dies war ein – auch ideologisch bedingter – Irrweg.

■ Warum Steuern erhöhen, wenn man den Schuldenabbau auch durch mehr Inflation erreichen kann?

Für die Fed würde ich meine Hand diesbezüglich nicht ins Feuer legen. Auch im Hinblick auf Großbritannien würde ich diesen Weg nicht ausschließen. Aber was die EZB angeht, so bin ich mir sicher, dass eine Inflationierung zu 99 % auszuschließen ist.

■ Bleibt für die hochverschuldeten Euro-Länder Irland, Spanien und Griechenland also nur der Weg über Sparen und Steuererhöhungen?

Wenn diese drei Länder ihre Steuereinnahmen auf den Euroraum-Durchschnitt anheben würden, hätten sie bereits das Größte überstanden. Deutschland hat die Wiedervereinigungslasten ja auch durch Steuer- und Abgabenerhöhungen geschultert. In den neunziger Jahren hatten wir einen Spitzensteuersatz von 56 % und die Welt ging deshalb nicht unter. Es geht ja auch darum, der Bevölkerung zu signalisieren, dass man alle Bevölkerungsschichten – vor allem auch die Vermögenden – zur Finanzierung heranzieht. Und das geht am besten – und ist am gerechtesten – durch das Steuersystem.

■ Doch auch hier in Deutschland tut man sich mit der Konsolidierung schwer. Die Koalition ist ja derzeit auf Steuersenkungskurs . . .

Das ist mit dem anstehenden Konsolidierungskurs jedenfalls nicht zu vereinbaren. Allein der Bund muss in den nächsten Jahren jährlich 10 Mrd. Euro einsparen, was extrem schwierig sein wird. Ohne ein Konzept für die Konsolidierung noch zusätzlich Löcher in den Haushalt zu reißen ist schlichtweg unseriös.

■ Die meisten Ökonomen halten

ein weiteres Zurückdrängen des Staates aber für durchaus angebracht.

Das ist leider so. Wenn es um den Umfang der Staatstätigkeit geht, sollte man das möglichst ideologiefrei diskutieren. Man sollte ein Benchmarking mit anderen hoch entwickelten Staaten vornehmen und sich dann fragen, wie viele finanzielle Ressourcen man braucht, um eine im internationalen Vergleich erstklassige Volkswirtschaft zu finanzieren. Die skandinavischen Länder legen nahe, dass man das nicht mit einem Magerstaat realisieren kann.

■ **Wenn nun aber die Regierung keine Steuererhöhungen vornehmen möchte und gleichzeitig die Schuldenbremse einhalten muss: Wie kann man das Defizit verringern?**

In der Schuldenbremse ist ein grundsätzlicher Webfehler: Sie verbietet grundsätzlich staatliche Defizite, selbst wenn diese dazu eingesetzt werden, Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Dem Staat wird also die Möglichkeit genommen, als Investor für die Zukunft des Landes aktiv zu werden. Deshalb sieht das vom Sachverständigenrat entwickelte Modell der Schuldenbremse die Kreditfinanzierung von öffentlichen Investitionen explizit vor. Es wäre bei der Schuldenbremse dringend geboten gewesen, dass auch Bildungsausgaben, die künftig höhere Steuereinnahmen mit sich bringen, über Schulden finanziert werden dürfen.

■ **Und wohin führt der Webfehler?**

So wie die Schuldenbremse jetzt im Grundgesetz steht, ist sie eine fiskalpolitische Zwangsjacke, die dem Staat wichtige Gestaltungsspielräume nimmt. Sie hat dabei den perversen Effekt, dass sie es deutschen Sparern verwehrt, ihr Geld beim deutschen Staat anzulegen und sie damit zwingt, die Mittel bei ausländischen Staaten unterzubringen. Wir finanzieren deshalb indirekt die Infrastruktur und die Bildung in anderen Ländern, die uns dann als Standort Konkurrenz machen.

■ **Die Märkte aber goutieren die Schuldenbremse.**

Deutschland hat in der Vergangenheit auch ohne Schuldenbremse immer ein erstklassiges Rating gehabt.

■ **Bei anderen Ländern wie Großbritannien und den USA, die bisher sakrosankt waren, werden die Ratingagenturen schon langsam nervös...**

Es gibt keine aus der volkswirtschaftlichen Theorie hergeleiteten Grenzwerte für die öffentliche Verschuldung, sondern nur Vermutungen, dass ab einer Schuldenquote von 90 % das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt wird. Nach dem Zwei-

ten Weltkrieg hatte Großbritannien auch eine Verschuldung von deutlich über 200 % schultern und wieder abbauen können. Belgien hat seit Jahrzehnten eine Schuldenstandsquote von rund 100 %, ohne dass das Land damit Probleme gehabt hätte.

■ **Die Tragfähigkeitsgrenze ist doch erreicht, wenn Staaten wegen des hohen Schuldendienstes keinen Bewegungsspielraum mehr haben.**

Das ist richtig, deshalb sollte man mittelfristig wieder versuchen, die 60-Prozent-Grenze des Maastrichter Vertrags zu erreichen. In eine Schuldenpanik zu verfallen, wie das derzeit offenbar en vogue ist, ist jedoch fehl am Platz.

■ **Nun haben wir in Deutschland die Schuldenbremse. Wo soll man ansetzen, um das Defizit zurückzuführen?**

Nach meiner Ansicht sind all jene Subventionen zur Streichung freizugeben, die kontraproduktiv wirken. Das gilt zunächst für die Steuerfreiheit der 400-Euro-Jobs. Diese Subvention begünstigt nicht Niedriglohnbezieher, sondern nur jene, die das als Zuverdienst nutzen. Außerdem müsste man den gesamten Bereich der Förderung der privaten Altersvorsorge durchkämmen. Derzeit weiß niemand so recht, wie viele Milliarden das kostet und ob die staatlichen Subventionen effektiv sind. Man muss für die staatliche Förderung ja nicht mehr, sondern nur anders sparen. Und schließlich ist der gesamte Komplex aus Riester-, Rürup- und Betriebsrenten doch völlig diffus und undurchsichtig.

■ **Also die verschiedenen Sparformen schlicht zusammenführen?**

Das wäre wünschenswert. Zu überlegen wäre auch, ob der Staat nicht selbst eine ergänzende Altersvorsorge anbietet. Die Finanzagentur könnte Riester-Anlagen anbieten und die Ersparnisse so anlegen, dass die Endfälligkeit der damit erworbenen Bundesanleihen, Bundesobligationen oder Finanzierungsschätze auf das Pensionsalter abgestimmt wird. Das ließe sich weitgehend automatisieren. Anschließend könnte der Sparbetrag verrentet werden, indem man das Geld in eine Rentenversicherung einbringt. Das ginge völlig ohne alles verteuern Provisionen.

■ **Weitere Sparvorschläge?**

Ja, die Abgeltungsteuer auf Zins-einnahmen. Die gehört abgeschafft, weil sie völlig kontraproduktiv ist. Sie subventioniert die Geldersparnis gegenüber den Sachinvestitionen. Und das ist genau das Gegenteil dessen, was wir derzeit brauchen.

■ **Fürchten Sie keine Kapitalflucht?**

Nein, das ist ein Popanz. Kapitalflucht ist nicht so einfach, wie es von interessierten Kreisen immer dargestellt wird. Wenn plötzlich eine Million beim Vermögen fehlt, fällt das ja den Finanzbeamten auf.

■ **Und eine Anhebung der Mehrwertsteuer oder eine Streichung von ermäßigten Sätzen: keine Option?**

Da wäre ich vorsichtig, wenn man einmal von der jüngst eingeführten Hotelsubvention absieht, weil die Mehrwertsteuer ja vor allem die Geringverdiener trifft.

■ **Kommt man unter diesen Umständen um eine Einkommensteuererhöhung überhaupt noch herum?**

Man wird sich schon Gedanken machen müssen, ob man den Spitzensteuersatz nicht doch wieder auf 50 % anhebt.

■ **Um die Schuldenquote zu verringern können wir ja auch den Nenner größer machen, sprich: das Wachstum ankurbeln. Wie können wir das bewerkstelligen?**

Wir brauchen mehr Binnennachfrage. Dazu müssen die Reallöhne in der Zukunft wieder in dem Maße erhöht werden, wie die Wirtschaft wächst. Derzeit haben wir ja das Gefühl, als ob wir Deutsche uns in der Vergangenheit besonders tugendhaft verhalten hätten: Lohnmäßigung, Produktivitätssteigerungen, hohe Wettbewerbsfähigkeit, Exportrekorde – das scheint ja das Erfolgsmodell zu sein.

■ **Ist es das nicht?**

Das Problem: Wenn das auch die Franzosen, die Amerikaner und Spanier so gemacht hätten, hätten wir auch niemanden gehabt, der unsere Exportgüter abgekauft hätte. Ob eine Strategie tugendhaft ist, erkennt man daran, ob es auch dann noch positive Effekte hat, wenn sich alle so verhalten. Eine Abkehr von der übertriebenen Exportorientierung ist natürlich nicht abrupt zu erreichen, sie muss allmählich geschehen über eine Anhebung der Löhne, die wieder dem Niveau der Produktivitätsentwicklung plus der Teuerung folgen sollten. Wir müssen von der bisherigen Linie der Lohnmäßigung wieder zu einer normalen Lohnentwicklung kommen, wie sie der Sachverständigenrat in den sechziger Jahren propagiert hat.

■ **Und die Sparquote senken?**

Das werden die Privathaushalte nicht machen. Einerseits werden sie ja angehalten, für ihr Alter vorzusorgen, und andererseits sind die Arbeitsplätze insgesamt so unsicher geworden, dass die Menschen weniger planen können und schlicht Zukunftsangst haben.

■ **Bleiben noch die Unternehmens-**

investitionen als Wachstumstreiber.

Die springen aber nicht automatisch an. Hierzu muss man die entsprechenden Rahmenbedingungen bieten. Das wäre etwa möglich durch einen staatlichen Anschub mit einer Abwrackprämie für alte Anlagen. Auch die Förderung des Wohnungsbaus müsste verbessert werden, vor allem wenn es um energieeffiziente Neubauten geht. Auch die Wiederauflage der Eigenheimzulage wäre zu überlegen.

■ **Letztlich kommen wir damit auf die alte Standortdebatte zurück. Damals aber hieß es: Steuern senken, Bemessungsgrundlage verbreitern – dann wird wieder investiert. Doch das ist nicht geschehen.**

Die Erfahrung lehrt, dass man verstärkt auf die konkrete Investitionsförderung zurückkommen muss über bessere Abschreibungsregeln und Fördermaßnahmen. Wir brau-

chen wieder eine Politik, die konkret den Standort stärkt, statt die Wirtschaft allgemein über niedrige Steuersätze zu unterstützen. Denn die höheren Gewinne der Unternehmen werden bei Letzterem eher im Ausland statt im Inland investiert. Investitionserleichterungen am Standort D durch Abschreibungsverbesserungen scheinen mir gegenwärtig die richtige Strategie, um das Binnenwachstum in Gang zu bringen.

.....
Das Interview führte Stephan Lorz.